Beschluss Dringlichkeitsantrag: Verantwortung in dieser Zeit

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Mit dem Koalitionsausschuss am 6. November ist die Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP frühzeitig an ihr Ende gelangt. Nun stellt sich unser Land auf Neuwahlen ein, Neuwahlen, die darüber entscheiden, ob wir Verantwortungslosigkeit oder Verantwortung wählen, Sündenböcke für Probleme suchen oder diese anpacken, falschen Versprechungen glauben oder an realistischen Lösungen arbeiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren nach der Bundestagswahl 2021 bereit, Verantwortung auch in einer neuen und absehbar schwierigen Konstellation zu übernehmen. Diese Koalition war von Anfang an ein Bündnis mit sehr unterschiedlichen Weltanschauungen. Sie hat aber – so wie es die Pflicht einer Regierung und die Aufgabe von Demokrat*innen ist – in den letzten knapp drei Jahren immer wieder zueinandergefunden. Es wäre auch jetzt möglich gewesen, Lösungen zu finden – aus Verantwortung für unser Land. Wir haben bis zum Schluss konstruktive Vorschläge im Interesse der Stabilität und des Zusammenhalts gemacht, um wirtschaftliche Dynamik zu steigern ohne Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt zu gefährden und um Sicherheit und Freiheit in Europa zu verteidigen. Wir waren dazu bereit, auch über den eigenen Schatten zu springen. Andere waren das nicht. Christian Lindner und die FDP haben ihre Verantwortung aus parteitaktischen Gründen weggeworfen.

Die letzten drei Jahren waren geprägt von extrem herausfordernden Umständen, insbesondere in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine: die Bewältigung der Energiekrise, die zeitweise sehr hohe Inflation, der Einsatz für Frieden durch die notwendige Unterstützung der Ukraine und ein Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik – all das hat diese Koalition genauso gefordert wie unsere Gesellschaft, die ihren Umgang mit dieser "Zeitenwende" noch immer sucht. Ein durch gezielte Desinformation, Hass und Hetze immer stärker radikalisierter digitaler Raum ist hier ein gefährlicher Brandbeschleuniger. Gleichzeitig sind wir als Land durch verschiedene Krisen besser gegangen, als viele gedacht hätten. Das Land, die Gesellschaft, die vielen Menschen und Unternehmen haben uns beeindruckt, mit Solidarität und Pragmatismus. Für uns als Teil einer Regierung hieß das, in kurzer Zeit sehr weitreichende Entscheidungen zu treffen – in der Verantwortung für Frieden, Wirtschaft und Stabilität. Dazu gehörten Kompromisse, die auch an unsere Schmerzgrenzen gingen – die wir aber eingegangen sind aus Verantwortung für das Ganze. Weil wir der festen Überzeugung waren und sind, dass dies Voraussetzung dafür ist, die Wirklichkeit mitzugestalten und die Gesellschaft zusammenzuhalten. Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten werden - sie sind unverhandelbar.

Zugleich haben wir in den drei Jahren Regierungsbeteiligung viel erreicht, für das wir GRÜNE lange Jahre gekämpft haben. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingt im Rekordtempo. Unser Strom wird sauber und immer günstiger. Wir haben beim Klimaschutz eine neue Dynamik erreicht, so dass wir erstmals die Klimaziele 2030 erreichen können. Wir haben das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz

geschaffen, die größte Naturschutz-Offensive, die es in Deutschland je gab. Und wir haben nach langen Jahren der Untätigkeit mit Reformen für mehr wirtschaftliche Dynamik gesorgt: Planungsbeschleunigung und Bürokratieabbau, Fachkräftezuwanderung und Förderung von Beschäftigung, Verbesserungen für Start-Ups und Modernisierung der Industrie.

Wir haben unser Land sozial gerechter gemacht – mit Milliarden für eine gute Kinderbetreuung und für ein Startchancenprogramm an Schulen überall in unserem Land, mit der größten BAFöG-Reform der letzten Jahrzehnte, mit einem höheren Mindestlohn, mit einer Reform des Bürgergeldes, mit mehr Geld für alle Familien und nicht zuletzt mit dem Deutschland-Ticket, welches nun von Union und FDP in Frage gestellt wird.

Wir haben das Land liberaler gemacht - mit dem Selbstbestimmungsgesetz, einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, einem modernen Einwanderungsgesetz, einer Stärkung der Reproduktiven Rechte von Frauen durch die Verhinderung von sogenannten Gehsteigbelästigungen und der Streichung des Paragraphen 219a zur sogenannten "Werbung" beim Abbruch von Schwangerschaften.

Wir haben in diesen drei Jahren einiges nachgeholt, was in Deutschland teils über Jahrzehnte versäumt wurde. Aber die Weltlage, die Klimakrise und die wirtschaftliche Stagnation zwingen Deutschland und Europa, sich weiter mutig zu modernisieren. Unser Land steht vor der Aufgabe, die derzeitige Unsicherheit in eine neue Selbstvergewisserung zu verwandeln. Wir stehen jetzt an dem Punkt, an dem unser Land und Europa die Kraft, die es hat, nach vorne wenden müssen. Wir verharren nicht ängstlich im Status Quo, sondern gehen voran - für eine soziale, nachhaltige und gerechte Zukunft für alle.

Am Scheitern der Ampel tragen alle drei Parteien einen Teil der Verantwortung. Dies auch selbstkritisch mit unserer Basis zu reflektieren gehört zur demokratischen Pflicht und wird sich auch in unserem Bundestagswahlprogramm widerspiegeln. Wir sind bereit, dem Land ein Angebot für eine Zeit nach der Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP zu machen. Ein Angebot, das die Erfolge der letzten Jahre anerkennt und würdigt und aufzeigt, worauf es jetzt ankommt: Kurs halten beim Klimaschutz und ihn nicht abwickeln. Spürbar die Gerechtigkeit stärken, damit das Leben bezahlbar ist. Freiheit und Frieden verteidigen. Handeln mit Gemeinsinn, Zukunftsmut und Zuversicht.

In einer Zeit, in der so viele die Verheißung im Gestern suchen, halten wir Kurs, zeigen eine positive Zukunftsvision auf und geben Hoffnung. Wir treten an mit dem Versprechen, weiterhin konsequent für den nötigen Wandel einzutreten. Für Klimaschutz als Motor von grünem Wachstum, Innovation und guten Jobs. Für einen Weg, der sozial gerecht ist und auf die Innovationskraft und Kompetenzen der Bürger*innen, der Unternehmen, der Kommunen setzt. Der auf die Kraft unseres Landes setzt. Dabei sehen wir die Suche nach Orientierung und Zuversicht, die unsere durch Krisen und Kriege verunsicherte Gesellschaft durchzieht. Seien wir die Kraft, die diese Orientierung gibt. Seien wir in hoffnungsarmen Zeiten der Hoffnungsort für alle, die daran glauben, dass es besser werden kann und besser werden wird. Dafür suchen wir Zukunftschancen im Dialog mit Bürger*innen und im politischen Wettbewerb.

Wir wollen mehr tun, um die Kraft unserer Wirtschaft wieder zu entfesseln. Nur als wirtschaftlich prosperierendes Land, das bei den wichtigen Zukunftstechnologien Vorreiter ist, kann Deutschland sich den autokratischen

Bestrebungen entgegenstellen. Und zugleich sind wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse entscheidende Voraussetzungen für die soziale und gesellschaftliche Teilhabe und damit auch für den demokratischen Zusammenhalt. Wirtschaftlicher Wohlstand muss dafür allen zugute kommen. Unser Land steckt nun aber seit zwei Jahren in einer wirtschaftlichen Schwächephase, die auch strukturelle Gründe hat. Dazu zählen die hohe Abhängigkeit von russischer Energie, die CDU, CSU und SPD gemeinsam zu verantworten haben und die Deutschland noch immer teuer bezahlt. Dazu zählt auch ein jahrzehntelanger Investitionsstau bei der Infrastruktur und Digitalisierung, zu langsame und komplexe Verfahren, die unsere Wirtschaft hemmen. Dazu zählen auch die Abhängigkeit von Rohstoffimporten. Die Sorgen des Mittelstandes, eine entscheindende Stütze unserer Wirtschaft, müssen ernst genommen werden. Dazu zählt ebenfalls die zu hohe Bürokratiebelastung, die Prozesse verlangsamt, Innovationen hemmt und den Alltag der Menschen ausbremst.

Deshalb müssen wir Deutschlands Potential neu entfesseln. Damit die europäische Wirtschaft auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein kann, müssen wir den Green Deal weiter führen und den europäischen Binnenmarkt ausbauen. Einen Binnenmarkt, in dem die europäische Wirtschaft durch unseren Einsatz für das europäische und deutsche Lieferkettengesetz global Verantwortung übernimmt. Wir wollen die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes stärken. Wir forcieren den Abbau von Bürokratie und die Beschleunigung und Vereinfachung von Prozessen, auch mit Praxischecks. Wir modernisieren unsere Verwaltung, damit diese digitaler und resilienter wird. Nur wenn der Staat funktioniert, kann auch unsere Demokratie funktionieren und können Wohlstand und gutes Zusammenleben wachsen.

Wir werben entschieden für eine Stärkung von öffentlichen wie privaten Investitionen, in allen Bereichen. Wir orientieren uns dabei am Draghi-Bericht, der darauf abzielt, die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Es braucht beides: Strukturreformen und mehr Investitionen. Diese dürfen nicht länger an der Schuldenbremse scheitern, deren Regeln von den allermeisten Ökonom*innen längst in Frage gestellt werden. Die zunehmend alarmierende Lage der kommunalen Finanzen drängt uns zu handeln – unsere Städte und Gemeinden müssen handlungsfähig bleiben, um gleichwertige Lebensverhältnisse unabhängig vom Wohnort zu gewährleisten.

Was unsere Wirtschaft stark macht, sind die Menschen! Gut qualifizierte Beschäftigte und gelebte Demokratie durch betriebliche Mitbestimmung tragen dazu bei, dass Unternehmen auch in herausforderndern Zeiten zusammen mit den Beschäftigen gute Lösungen finden. Gemeinsam mit starken Gewerkschaften stehen wir für eine Stärkung der Tarifbindungen und respektieren das Streikrecht. Wir brauchen mehr Arbeitskräfte durch Qualifizierung, einer besseren Vereinbarung von Familie und Arbeit, Inklusion, Zuwanderung, gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne und erleichterten Arbeitsmarktzugang für Zugewanderte.

Mit einer Energiepolitik, die die Chancen der Zeit nutzt, schaffen wir langfristig sichere und günstige Energie aus Erneuerbaren. Eine zügig umgesetzte, auf 100% Erneuerbare ausgerichtete Strommarkt- und Netzentgeltreform entschlackt Bürokratie und schafft Planungssicherheit für Sonne, Wind und Speicher aller Art inklusive Elektrolyseure. Durch eine Flexibilisierung des Stromverbrauchs bei Industrie, Elektromobilität und Wärmepumpen senken wir auch die Strompreise. Dafür wollen wir mit staatlichen Investitionen,

Garantiemechanismen und innovativen Anlagemodellen auch privates Kapital in großem Umfang anreizen. Mit Bürger*innenenergie aktivieren wir privates Kapital und Menschen für Energiewendeprojekte.

Den Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier haben wir auf 2030 vorgezogen und wir stellen weiterhin die Weichen dafür, dass auch alle restlichen Kohlekraftwerke bis 2030 dank der Fortführung des erfolgreichen Ausbaus der Erneuerbaren nicht mehr befeuert werden und für Kohleregionen und Menschen vor Ort Planungssicherheit gilt. Schon jetzt haben wir es geschafft so wenig Kohle im Strommix zu haben wie seit den 1960er Jahren nicht mehr. Um unsere Abhängigkeit von fossilen Energien zügig weiter zu verringern, werden wir unsere LNG-Infrastruktur kontinuierlich auf Notwendigkeit überprüfen. Weil wir gemeinsam für den Schutz des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer stehen und das Gas vor Borkum für die deutsche Energieversorgung nicht nötig ist, stehen wir für eine finale Absage an die Gasförderung vor Borkum und die dazugehörige Infrastruktur. Auch in Bayern lehnen wir neue Gasbohrungen ab, um Natur und Grundwasser zu schützen.

Für uns ist dabei klar, dass es fatal wäre, wenn Deutschland und Europa nun ihre Anstrengungen beim Klimaschutz reduzieren würden. Die klimatische Realität, die langfristige Wahrung unseres Wohlstands und unserer Freiheit erfordern das Gegenteil. Mit der Wahl von Donald Trump drohen die USA, sich erneut vom Klimaschutz abzuwenden und so eine Lücke von zusätzlichen Milliarden Tonnen CO2 zu verursachen. Dies wäre noch einmal Wasser auf die Mühlen jener, die auch hier in Europa die Gefahren der Klimakrise unterschätzen oder gar leugnen. Wir werden uns vom Populismus nicht von der Realität abbringen lassen. Und die Realität heißt, dass die Klimakrise bereits jetzt dramatische Auswirkungen hat und unverzügliches, entschiedenes Handeln erforderlich ist, wenn wir ihre Konsequenzen noch menschlich beherrschbar halten wollen. Deshalb lassen wir in unseren Ambitionen nicht nach, ganz im Gegenteil. Angesichts der dramatischen Prognosen des Expertenrats für Klimafragen, dass wir uns auf dem Weg zu einer Erderwärmung auf 2,7 Grad bis Ende des Jahrhunderts befinden, braucht es jetzt entschlossenes politisches Handeln, um eine Zielverfehlung beim CO2-Budget für Deutschland zu verhindern. In allen Bereichen und vor allem in jenen, die bislang viel zu wenig zur Erreichung der Klimaziele beitragen – die Sektoren Verkehr und Gebäude – wollen wir auf Kurs kommen. Es geht um nicht weniger als unsere Freiheitschancen und -rechte und die unserer Kinder und Enkel.

Wir kämpfen für einen wirksamen Klima-, Natur-, Tier- und Artenschutz. Wir wollen bestehende Abkommen wie das Nature Restoration Law und die Ziele von Montréal mit dem Ziel von mehr Biodiversität wirksam umsetzen. Wir wollen die Nationale Biodiversitätsstrategie und das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz weiter verfolgen und uns für die Rechte von Tieren einsetzen. So sorgen wir für ein gesundes Leben im Einklang mit den planetaren Grenzen für uns, für die kommenden Generationen und für alle Lebewesen.

Wir stehen erst am Anfang der Aufgabe, eine Erneuerungspolitik gerecht und gemeinschaftlich zu organisieren. Wir nehmen die tiefen Verlusterfahrungen und Verunsicherungen von Corona, Inflation, materiellen Sorgen um Wohnraum und Ängsten vor Terror und Krieg ernst. Der Verunsicherung unserer Gesellschaft begegnen wir mit großem Verständnis und der festen Entschlossenheit, das Land zukunftsfest zu machen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. In einer Welt der Zumutungen ist es eine Aufgabe von Politik, diese Zumutungen

abzufedern, indem sie Lasten gerecht verteilt und den Sozialstaat stärkt. Es braucht angesichts der Auswirkungen weltweiter Veränderungen aber noch mehr. Wir wollen auch die Bedingungen schaffen, dass Bürger*innen, Zivilgesellschaft und Unternehmen gemeinsam anpacken und Lösungen schaffen können.

Unsere Gesellschaft droht, den Zusammenhalt zu verlieren. Wir stemmen uns der wachsenden Ungleichheit entgegen. Wir akzeptieren nicht, dass gleichzeitig die Vermögen der einen enorm steigen und die anderen immer häufiger und tiefer in den Dispokredit gezwungen sind. Um mehr Gerechtigkeit zu schaffen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, müssen die Reichsten einen fairen Beitrag leisten. Wir akzeptieren nicht, dass weiterhin viel zu viele Kinder in Armut aufwachsen und dass die Chancen von Kindern und Jugendlichen, ihre Träume und Ziele zu verwirklichen, geringer sind als vor 30 Jahren - denn das Aufstiegsversprechen ist ein zentrales Versprechen unserer Demokratie. Außerdem fördern wir gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land.

Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Wir stehen dafür, dass in diesem Land jede Person selbst ihren Lebensweg, ihre Träume und Identität leben kann, dass jeder Mensch ohne Diskriminierung und Gewalt leben und lieben kann. Wir wollen mit strukturellen Maßnahmen dafür sorgen, dass Frauen gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und bezahlt werden und selbstbestimmt über den eigenen Körper entscheiden können. Dazu gehört auch das Recht auf Schutz vor Gewalt. Wir wollen, dass Kinder mit dem Selbstverständnis aufwachsen, dass sie dieselben Chancen und Rechte im Leben haben, unabhängig von ihrem Geschlecht. Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit oder Klassismus schädigen die Demokratie. Deswegen setzen wir uns für gleiche Teilhabe ein, zum Beispiel für Menschen in prekären Lebensverhältnissen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen die Gewissheit haben, dass sie selbstbestimmt an unserer Gesellschaft teilhaben können.

Wir leben in einem Land, das schon immer durch Zuwanderung geprägt wurde. Die Vielfalt unserer Biographien ist ein Reichtum unserer Gesellschaft. Wir sind die Partei, die sich konsequent gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellt und für ein modernes Einwanderungsland steht. Wir unterstützen die engagierten Menschen, die eine Sache zu ihrer eigenen machen, die sich jeden Tag für Zusammenhalt und Demokratie einsetzen. Ehrenamt braucht verlässliche Strukturen, die den Engagierten den Rücken freihalten und sie vor Anfeindungen schützt.

Mut zu notwendigen Reformen, Bürger*innennähe und Gerechtigkeit wollen wir zusammenbringen, um als Demokratie in der Lage zu sein in den Krisen dieser Zeit zu bestehen. Daher setzen wir uns weiterhin für Bürgerräte ein. Wir müssen den Menschen Antworten geben, wie mehr Wohnraum geschaffen und Wohnen und Mieten bezahlbar bleiben oder wieder werden können. Wir müssen aufzeigen, wie Mobilität zuverlässig, bezahlbar und sicher werden kann; daher wollen wir beim Deutschland-Ticket den Preis von 49 Euro sicherstellen. Wir müssen darstellen, wie gute Arbeitsplätze erhalten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass das Bildungssystem wieder besser funktioniert und allen die gleichen Chancen verschafft. Und wir müssen das Rentensystem generationengerecht aufstellen. Leitstern ist für uns der erste Satz in unserem grünen Grundsatzprogramm: "Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit".

Freiheit, Würde und die Einhaltung internationalen Rechts sind auch der Maßstab für unsere Friedenspolitik mit Blick auf die Ukraine und weltweit. Wir stehen für die Sicherung der Souveränität Europas als Union gegenüber den autokratischen Bedrohungen von außen wie von innen. Spätestens die Wiederwahl von Donald Trump setzt Verteidigungsfähigkeit und die Bereitschaft mehr in die Souveränität Europas zu investieren, an die Spitze der politischen Prioritäten für die kommenden Jahre. Die Zeitenwende im Militärischen muss fortgeführt und verstärkt werden. Wir werden uns mit unseren europäischen Partnern koordinieren, damit wir Ressourcen optimal nutzen. Die Zeitenwende muss sich auch in einer deutlichen Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes widerspiegeln. Dazu zählt auch, dass vulnerable Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen, besonders geschützt werden. Wir stehen zu einer evidenzbasierten Innenpolitik, die auch die Ursachen von Kriminalität in den Blick nimmt. Wir schützen die Freiheit und Sicherheit aller Menschen und verteidigen Bürger*innenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Trumps Abkehr von internationalen Institutionen und dem Pariser Klimaabkommen gefährdet die multilaterale Zusammenarbeit. Dem setzen wir ein Bekenntnis zum Multilateralismus zum Beispiel durch eine strategische Klimaaußenpolitik entgegen. Mit einer strategischen Klimaaußenpolitik können Klimaschutz, Handel und Frieden einander gegenseitig bestärken und einer Zersplitterung des internationalen Miteinander entgegenwirken. Deutschland und die EU müssen jetzt das diplomatische, entwicklungs- und handelspolitische Engagement erhöhen. Dazu setzen wir auch weiterhin auf starke transatlantische Beziehungen mit vielfältigen Partnerschaften.

Aus unserer außenpolitischen Verantwortung setzen wir uns für einen gerechten Frieden und die Wahrung des humanitären Völkerrechts im Nahostkonflikt ein. Darum leisten wir Humanitäre Hilfe und drängen gemeinsam mit vielen internationalen Partnern nachdrücklich auf ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza, Libanon und Westjordanland. Das Arbeitsverbot für die UNRWA steht diesem Ziel entgegen – sie muss weiter ihre Arbeit ausführen können.

Wir müssen die europäische Souveränität und Handlungsfähigkeit verbessern, sowie die EU darin bestärken mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Es ist im höchsten deutschen Interesse, dass Europas Einigung weiter geht, dass ein vereintes Europa gemeinsam in seine demokratische Zukunft als Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts investiert. Nur ein starkes Europa mit einem klaren Wertefundament wird in der Welt gehört und kann seine Interessen zum Wohle der Menschen durchsetzen. Dafür müssen wir Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Menschenrechte in der Europäischen Union schützen. Nur als Gemeinschaft können wir Freiheit und Frieden für alle in Europa lebenden Menschen sichern. Entscheidend dafür ist auch die gute Zusammenarbeit mit unsere Nachbarländern, insbesondere mit Frankreich und Polen im Weimarer Dreieck.

In den kommenden Jahren darf "German Vote" kein Synonym mehr sein für deutsche Alleingänge in Europa - weder im Rat der Mitgliedsländer noch im Europaparlament. Immer wieder stehen wir dabei vor einem europapolitischen Dilemma, denn an vielen Stellen fehlen uns die Mehrheiten für notwendige Veränderungen. Und so, wie wir als Grüne in der Regierung immer wieder an die Grenzen unseres Selbstverständnisses gegangen sind, um Kompromisse zu ermöglichen - etwa beim Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) - so werden

wir in den kommenden Jahren die Handlungsfähigkeit im europäischen Bündnis gegenüber unseren globalen Partnern und Bedrohungen noch deutlich wichtiger nehmen müssen als bisher, um Demokratie, Rechtsstaat und die Grundrechte in Europa zu verteidigen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass EU-Recht um- und durchgesetzt wird. Das darf nicht länger warten. Europäische Werte sind eine Stärke - gerade in großen Fragen wie der Asyl- und Migrationspolitik.

Dieses Verständnis von Verantwortung von Demokrat*innen in einer vernetzten, aber zugleich komplexen und von Eigeninteressen bestimmten Welt kann nur erfolgreich sein, wenn wir bündnisfähig sind, so wie es in unserer Partei schon im Namen angelegt ist. Wir arbeiten eng mit unseren Verbündeten in den Bewegungen, mit NGOs und mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammen. Ihre Expertise und Kritik prägt unsere parlamentarische Arbeit. Wir vertrauen auf das Engagement und die Ideen der Vielen und stärken unsere gemeinsamen demokratischen Institutionen. So, wie wir innerhalb der Partei zur Verbindung bereit sind und das Bündnis mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren suchen, so sind wir auch zu (Regierungs-)Bündnissen mit allen gesellschaftlichen Gruppen im Land, der Zivilgesellschaft und mit den anderen demokratischen Parteien bereit. Gemeinsam bringen wir unser Land und unsere Gesellschaft voran. Mit diesem Selbstverständnis gehen wir in den jetzt bevorstehenden, kurzen Wahlkampf.

Wir werden dazu noch in diesem Jahr einen Entwurf für ein prägnantes und zugespitztes Wahlprogramm vorlegen und auf einem eintägigen Bundesparteitag in Präsenz beschließen. Dabei werden wir nach Innen und Außen zuhören, damit sich so viele Stimmen wie möglich im Ergebnis wiederfinden. Um einen solchen Parteitag handhabbar zu machen, bitten wir die Antragskommission wenn nötig auch die Option zu nutzen, Anträge, die das Wahlprogramm durch ihre unverhältnismäßige Länge oder ihre Detailtiefe überfordern, im Verfahrensvorschlag zur Nicht-Befassung vorzuschlagen.

Der Wahlkampf ist eine Chance, zu zeigen, was in uns steckt. Keine Partei hat so engagierte Mitglieder wie wir. Jeden Tag werden wir mehr. Bei so vielen neuen Mitgliedern ist es uns wichtig, dass sich alle im Wahlkampf beteiligen und sich und ihre Ideen in die Partei einbringen können. Selten war das Bewusstsein der Menschen für die Herausforderungen dieser Zeit so klar. Nutzen wir diese Chance, um die Kraft der Menschen in die Zukunftskraft unsers Landes zu übersetzen. In Verantwortung für diese Zeit.